

jugendlichen Arbeiter in Frage kommen. Der Satz bezüglich der bereits getroffenen Bestimmungen im Absatz I ist so zu verstehen, daß in denjenigen Firmen, in denen im beiderseitigen Einverständnis schon Aenderungen bezüglich der Verlegung der an Sonnabenden verkürzten Arbeitszeit auf andere Tage getroffen wurden, diese beibehalten werden. Da jedoch alle Betriebe eine Arbeitsordnung nach den gesetzlichen Vorschriften haben müssen, so konnte unsererseits gegen die alte oft schon jahrzehntelang bestehende Arbeitsordnung nicht vorgegangen werden; deshalb mußten wir uns für die Beibehaltung dieser erklären, doch mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß an diesen Arbeitsordnungen nichts anderes, als oben bemerkt, geändert werden darf.

In Nürnberg, wo infolge einer weiteren Verschärfung der Zuchthausordnung und des Versuchs ihrer Einführung in allen Betrieben, auch in den dem Schutzverbande nicht angehörenden, die Arbeiterschaft am schwersten brüskiert und zum schärfsten Widerstande herausgefordert worden war, hat am 18. Februar eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung der graphischen Arbeiter die Vereinbarungen fast einstimmig sanktioniert. Dadurch sind die am 19. Februar ablaufenden Kündigungen, deren Zurücknahme nach Beilegung des Konflikts in München die Nürnberger Kollegen — bekanntlich nicht angenommen hatte, endgültig erledigt. Das gleiche gilt für Fürth, wo die Versammlung am 19. Februar stattfand. Der Frieden im Gewerbe ist also noch vor Ausbruch des eigentlichen Kampfes wieder hergestellt. Es bleibt uns nur noch übrig, aus der Bewegung die notwendigen und wichtigsten Nutzenwendungen zu ziehen.

Zunächst hat der Verlauf des Konflikts klar und deutlich erwiesen, daß der Schutzverbandskoloß auf lönernen Füßen steht. München, wo man sich der Schutzverbandsleitung zum Trotz vor dem Gewerbegericht mit der Arbeiterschaft einigte, und Leipzig, wo von 17 Firmen, die am 11. Februar kündigen sollten, fast die Hälfte die Parole nicht befolgten, trotzdem Leipzig als eine Hochburg des Verbandes gilt, sind der klarste Beweis für seine geschwollene Ohnmacht. Einen weiteren Beweis liefern die jammerseligen Kündigungsbriefe solcher Firmen, die mit Ach und Weh die Aussperroparole befolgten, und die, die Tatsachen auf den Kopf stellenden Entschuldigungs-Zirkulare und -Flugblätter an Arbeiterschaft und Unternehmertum, von denen wir in der vorigen Nummer einige Kostproben gaben. Alle diese Tatsachen zeigen, daß die dreisten Aussperroparolen des Schutzverbandes wegen jeder Kleinigkeit eben nichts anderes als leere Drohungen sind, die keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Der ganze Schutzverbandskoloß wäre elend in sich zusammengebrochen, wenn die scharfmacherische Leitung nicht noch zeitig genug die Waffen gestreckt und den Stein des Anstoßes, die Zuchthausordnung, vollständig beiseitigt hätte.

Daß ihr das außerordentlich schwer fiel, ergibt sich schon daraus, daß sie im Schutzverbandsorgan mit allem Nachdruck die Diktierung von Arbeitsordnungen als ausschließliches Recht der Unternehmer geltend machte. Rein rechtlich mag das noch zutreffen, aber tatsächlich sind eben die Arbeiter keine Heloten mehr, die widerspruchslos und geduldig jede Unverschämtheit hinnehmen, die der Unternehmer sich erlaubt. Sie beanspruchen entschieden das Recht, ein Wort mitzureden über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen, von denen die Arbeitsordnung ein wesentlicher Bestandteil ist. Und dieses Recht, das vom Schutzverband und seinem Organ stets entschieden bestritten wurde, mußte er den Vertretern der Arbeiter jetzt rückhaltlos zuerkennen! Diese wurden in München durch den Vertreter des Schutzverbandsvorstandes direkt zu gemeinsamen Beratungen zur Aufstellung einer neuen Normalarbeitsordnung aufgefordert! Diese Beratungen mußten allerdings ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitervertreter unter einer Arbeitsordnung ein Mittel zur Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter verstehen, nicht aber, wie der Schutzverband, ein Mittel zur bedingungslosen Unterordnung des Arbeiters unter den

Unternehmer. Und trotz dieses protzenhaften Herrenstandpunktes mußte die Schutzverbandsleitung jetzt ihr scharfmacherisches Geistesprodukt vollständig preisgeben! Dadurch eben wuchs sich die ganze Angelegenheit zu einer Riesenblamage für den Schutzverband aus.

Für die graphische Arbeiterschaft ergibt sich aus der ganzen Bewegung eins: *Sie muß ihre Reihen immer fester schließen, ihren Kampffonds immer größer und widerstandsfähiger machen!* Dann wird sie auch in Zukunft allen Prahlschreien des Schutzverbandes dasselbe Schicksal wie dem Aussperroparadrama zu bereiten vermögen, das der Schutzverband inszenieren wollte, das aber schnell zur Tragikomödie wurde, in der die Schutzverbandsleitung die Rolle der komischen Figur erhielt.

Rundschau.

Die Vorlage zur preußischen Wahlrechtsreform hat den entschiedensten Widerstand der entrechteten und verhöhten Volksmassen ausgelöst. Am 13. Februar fanden in ganz Preußen gewaltige Protestversammlungen und daran anschließend machtvolle Straßendemonstrationen statt, durch die der Schrei nach Gleichberechtigung den Herrschenden millionenstimmig in die Ohren gellte. Dabei ist es in Frankfurt a. M., Halle, Königsberg und Neumünster zu Polizeibrutalitäten gekommen, die sich in Frankfurt und Neumünster wiederholten, als gegen die Metzelen vom 13. Februar in gewaltigen Kundgebungen protestiert wurde. Die Bestialitäten gegen die nichts anderes als ihr Recht fordernden Volksmassen haben nicht nur in ganz Deutschland, sondern in allen Kulturländern flammende Entrüstung erzeugt. Die Polizeistaaten haben Preußen ein Schandmal gesetzt, das nur mit der Erringung eines gerechten Wahlrechts und der vollen Gleichberechtigung durch das Volk dem Erdboden gleich gemacht werden kann. Die Volksmassen werden weiter kämpfen, trotz aller Schutzmannsplempen und Browningpistolen, bis sie dieses Ziel erreicht und Preußen vor der Kulturwelt rehabilitiert haben werden! Das Monstrum einer Wahlrechtsvorlage wurde nach der ersten dreitägigen Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Einen Denktzettel hat die Firma Hugo Sensch durch das Gewerbegericht in Berlin dafür erhalten, daß sie mit dem beliebigen Ausdruck industrieller Herrenmenschen »Wem's nicht paßt, kann gehen!« alzu freigebig um sich warf. Er fiel wieder einmal im Verlaufe von Lohnindifferenzen des Hilfs-personals, bei denen die Firma nicht das geringste Entgegenkommen zeigte. Die Arbeiter traten darauf in der Mittagspause zu einer Versammlung zusammen, als deren Resultat die sofortige Arbeitseinstellung beschlossen wurde, da in der betreffenden Äußerung des Arbeitgebers ein Einverständnis mit der sofortigen Arbeitseinstellung erblickt wurde. Nun erhob die Firma Klage gegen die Ausständigen und forderte von jedem einen Schadenersatz in Höhe von zwei Wochenlöhnen, weil die Arbeiter nach ihrer Ansicht kontraktbrüchig geworden seien. Die 8. Kammer des Berliner Gewerbegerichts wies aber die Firma mit ihrer Klage ab, weil die Beklagten auf Grund jener ohne jede Einschränkung getanen Äußerung berechtigterweise auf ein Einverständnis der Firma schließen konnten und die Firma ja auch den Nachweis des Schadens nicht erbracht habe.

Von einem Polizeispitzel berichtete der Vorwärts: Sonntag (13. 2. 10) abends gegen 12 Uhr ging ein Arbeiter W. mit seiner Frau, von einer Familienfeierlichkeit kommend, die Mittelpromenade der Danziger Straße, Ecke Treskowstraße, entlang. Frau W. machte ihren Mann auf einen mit seinem Bruder daherkommenden früheren Flurnachbarn, den Lithographen Georg Haberkern aufmerksam, der bekanntlich als Polizeispitzel entlarvt worden ist. Nach einem kurzen Wortwechsel fielen beide Haberkerns über den Mann her und bearbeiteten ihn mit ihren Stahlstöcken in solcher barbarischen Weise, daß das Blut vom Kopfe nur so herabrieselte. Dann entsicherte Haberkern den Revolver, den er bei sich trug, und drohte zu schießen, wenn sich jemand ihm näherte. Schutzleute brachten die beiden Haberkern nach der Wache. In einer Berichtigung, die Haberkern dem »Vorwärts« sandte, suchte er darzulegen, daß er in Notwehr gehandelt habe, wozu der »Vorwärts« bemerkt, daß dieses keineswegs richtig sei; die bevorstehende Gerichtsverhandlung werde alle weitere ergeben.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 19. Februar 1910.

Der Arbeiterschutzeroß vom 4. Februar 1890. Ungenügende Entwicklung der sozialen Gesetzgebung. Illustrationen zu dem Wort: »Die Existenz der Arbeiter ist gesichert bis ins hohe Alter!« Eine Aufgabe der Arbeiterklasse.

Am 4. Februar waren 20 Jahre seit dem Erscheinen des Arbeiterschutzeroßes Kaiser Wilhelm II. verflossen, in welchem erklärt wurde: »Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch

die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen.« Seit diesem Erlaß ist zweifellos manches geschehen, was zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beigetragen hat. Aber das hätte auch ohne den Erlaß unbedingt geschehen müssen, dem die Verhältnisse zwangen einfach dazu. Der Erlaß war nur ein Spiegelbild dieser zwingenden Notwendigkeit.

Aber die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung blieb trotz des Erlasses bis heute noch weit hinter den tatsächlichen Bedürfnissen zurück, trotzdem der deutsche Handel und die deutsche Industrie nicht das Geringste an ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande auf dem Weltmarkte einbüßten. Im Gegenteil, die letzten 20 Jahre brachten eine bedeutende Steigerung unseres auswärtigen Handels, dessen Aus- und Einfuhr sich ungefähr verdoppelte, und eine gewaltige Erhöhung unseres nationalen Einkommens und Vermögens. Davon hat aber die deutsche Arbeiterklasse so gut wie gar nichts gehabt, und das wenige, was sie dabei gewann, errang sie aus eigener Kraft durch ihre Organisation. Freiwillig wurde und wird ihr nichts gegeben, und auch das durch die soziale Gesetzgebung Errungene erhielt sie schließlich nur durch ihr eigenes Fordern und Drängen und durch die positive Arbeit ihrer parlamentarischen Vertretung. Sie erhielt es nicht infolge, sondern trotz des Erlasses und gegen den zähen Widerstand ihrer wirtschaftlichen Gegner! Gerade dieser Widerstand, der in der Regierung des Klassenstaates liebevolles Verständnis und einen festen Stützpunkt findet, ist Schuld daran, daß die positive Arbeit und kulturfördernde Wirksamkeit der Arbeitervertreter im Reichstag weitgehend paralytisiert wird und die bisherige soziale Gesetzgebung noch lange nicht den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht.

Daran ändern auch alle gegenteiligen Behauptungen nichts. Gerade in letzter Zeit hat der kaiserliche Ausspruch: »Die Existenz des Arbeiters ist gesichert bis ins hohe Alter!« wieder einige Illustrationen erfahren, die die ganze Unzulänglichkeit unserer sozialen Gesetzgebung im grellen Lichte zeigen.

Der erste Fall: Im Kreise Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, wohnte im Orte Puderbach ein Arbeiter, Vater von 10 Kindern. Die Mutter ist verstorben. Das jüngste Kind liegt seit zwei Jahren krank in der Universitätsklinik zu Marburg. Natürlich hat der arme Teufel nicht die Mittel, um die Kosten bezahlen zu können. Die Klinik aber verlangt Geld. Deshalb wurde kürzlich (wahrscheinlich auf Anordnung der Heimatsbehörde) gegen den Arbeiter Beschlagnahme eines Teiles seines Lohnes verfügt. Seit 26 Jahren arbeitete der Mann auf der Amalienhöhe im Kreise Biedenkopf. Nach Eingang des Lohninhaltsbefehls entließ sie ihn rücksichtslos. In der Gegend wird jetzt eine Bahn gebaut. Aber dabei konnte der Mann nicht ankommen. Denn »um die Kantinen der Unternehmer zu füllen«, werden zurzeit nur Ausländer beschäftigt. Also Arbeitslosigkeit, die Mietzahlung stockt: prompt folgt Exmission. Der Freigesetzte findet im Dorfe keine neue Wohnung. Man wollte ihn wohl »versorgen«, der Unterstützungsverpflichtung wegen. In Nieder-Laasphe findet der Mann eine Wohnung. Doch als er abends 8 Uhr mit Sack und Pack anrückt, hat der Gemeindevorsteher den Schlüssel und rückt ihn nicht heraus. Wohl oder übel muß der Mann seine Habseligkeiten auf der Straße stehen lassen, dabei die Kinderchen. Nachts 12 Uhr nahm ein Proletarier die armen Kinder gastlich auf. Am nächsten Tage ging der Vater zum Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher und Landrat, aber nirgends hatte er Erfolg, nirgends Hilfe. Der hilfserbare Proletarier behält die Familie 14 Tage, gibt ihr Obdach (Nachtlager natürlich auf Stroh) und Beköstigung. Inzwischen steht der kümmerliche Hausrat in einem Wagen auf der Straße. Als der Fuhrmann den Wagen braucht, wirft er die Möbel in eine Lehmgrube. Vom Regen durchweicht mögen sie dort faulen. Schließlich kann auch der hilfserbare Proletarier nicht weiter helfen; auf seine Vorstellung erlaubt der Amtsvorsteher, daß die Kinder von Haus zu Haus sich ihr Brot erbetteln dürfen. Das Elend schreit zum Himmel. Der Staat und seine Organe leisten keine Hilfe. Aber doch erinnert er an sein Dasein: dem hilfserbaren Proletarier, Otto Schmid heißt der Brave, flattert nämlich ein Strafmandat über 3 Mk. ins Haus, weil er Leute beherbergt habe, ohne die erforderlichen Räume zu besitzen. — Kommentar zu diesem skandalösen Vorkommnis dürfte überflüssig sein!

Ein anderer Fall: In Posen hat ein bekannter Philantrop, der frühere Stadtschulrat Radanski, mit Hilfe behördlicher Organe, wie Lehrer, Schwestern usw., Ermittlungen über die Wohnungsverhältnisse, besonders über das Schlafstellenwesen vorgenommen, die geradezu grauenregende Zustände von dem Wohnungselend zutage förderten. Folgende Fragen wurden gestellt und wie folgt beantwortet:

1. Wohnen Schlafgänger bei bestraften und sittlich bescholtenen Leuten? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit »Ja!«
2. Schlafen Einlieger zusammen mit den sie überbergenden Familienmitgliedern? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit »Ja«, »sehr oft«, »meistenteils!«

3. Sind Witwen und sonstige weibliche Personen genügend getrennt? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“, „wohl niemals genügend“, „oft nur durch Vorhang!“

4. Sind weibliche Einlieger hinreichend getrennt? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“!

5. Beherbergt eine Familie gleichzeitig männliche und weibliche Schlafgänger? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „ja“, „sehr oft“, „nicht erfahren“!

6. Schlafen mehrere Einlieger in einem Bett zusammen? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „ja“, „kommt vor“!

7. Entfallen auf jeden Schlafgänger zehn Kubikmeter Luftraum? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“, „oft auf drei Personen noch nicht“!

8. Welche Folgen zeitigt dieser Zustand? Antwort: Alle Vertrauenspersonen „Unsitte“, „Sitte und Moral werden in den Staub getreten“, „Zunahme der unehelichen Kinder und Geschlechtskrankheiten“, „Fast jede uneheliche Mutterschaft der Witwe ist hierauf zurückzuführen“!

Diese Angaben von meist im behördlichen Verhältnis stehenden Leuten reden eine furchtbare Sprache. Es kommt aber noch ärger. Eine Schwester berichtet, daß zwischen den schulpflichtigen Kindern des Quartiergebers und den männlichen Einliegern die schmutzigsten Sachen vorkommen. In einer gewöhnlichen Stube, die gleichzeitig als Küche dient, hausen zwölf Personen, darunter vier Einlieger beiderlei Geschlechts, die alle zusammen in vier Betten schlafen. Auch wird konstatiert, daß Schlafburschen vielfach ihre Lagerstätten mit den Kindern der Vermieter teilen. Und so geht es weiter. Haarsträubende Zustände werden aufgedeckt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß dieses Resultat von einem Stadtschulrat und städtischen Schwestern ermittelt wurde.

Derartige geradezu himmelschreiende Verhältnisse werden aber zweifellos nicht nur in Posen, sondern fast in allen anderen Großstädten zu finden sein. So sieht die soziale Fürsorge im kapitalistischen Gegenwartsstaat in Wirklichkeit aus! Sie ist so vorzüglich, daß sie es nicht hindert, wenn jahraus jahrein tausende von Arbeiterfamilien im Elend verkommen, wenn unzählige Proletarierkinder alljährlich sittlich und körperlich zugrunde gehen. Fürwahr, Deutschland kann stolz sein auf seine soziale Gesetzgebung! Wie sie die Existenz des Arbeiters sichert bis ins hohe Alter haben die beiden gegenwartsstaatlichen Momentbilder wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt! Die Arbeiterklasse wird alle ihre Kraft anspannen müssen, um derartige Zustände durch die Ausrottung des Uebels mit der Wurzel endgültig unmöglich zu machen.

Bebel über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften.

Der Arbeiter ist gezwungen, um zu leben, die einzige Ware, die er besitzt, seine Arbeitskraft, dem Unternehmer zu verkaufen. Er verlangt einen Lohn, von dem er, und besitzt er eine Familie, auch diese ihre gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse befriedigen kann. Aber indem der Arbeiter seine Arbeitskraft auf bestimmte Zeit verkauft, verkauft er sich gewissermaßen selbst mit. Er wird unfrei, was kein anderer Warenverkäufer wird. Andererseits richtet sich der Preis seiner Ware, wie der Preis jeder andern Ware, nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage in der Branche, in der er Beschäftigung sucht. Das Interesse des Unternehmers ist, den Lohn möglichst niedrig, die Arbeitszeit möglichst lang zu halten; das Interesse des Arbeiters ist, möglichst hohen Lohn und möglichst kurze Arbeitszeit zu haben; die Interessen beider sind also gegensätzliche.

Tatsächlich gehen auch nicht hoher Lohn und lange Arbeitszeit, sondern hoher Lohn und kurze Arbeitszeit Hand in Hand. Je länger in einem Gewerbe die regelmäßige Arbeitszeit ist, um so niedriger ist der Lohn und umgekehrt. Es ist dies ein soziales Gesetz, dessen Wirksamkeit sich an einer Menge von Beispielen aus dem täglichen Leben beweisen läßt. Der Grund ist: je kürzer die regelmäßige Arbeitszeit des Arbeiters ist, um so mehr Mensch ist er; je mehr Mensch er ist, um so mehr leistet er; und je mehr er leisten kann, um so mehr beansprucht er.

Aber der einzelne Arbeiter ist dem Unternehmer gegenüber machtlos. Jeder Versuch, auf eigne Faust seine Lage zu verbessern, endet in der Regel mit seiner Niederlage, und nicht selten mit der Entlassung aus der Arbeit, wenn er es nicht vorzieht, sich zu fügen. Die einzige Möglichkeit, seine Arbeits- und damit seine Lebensbedingungen auf einige Dauer zu verbessern und andererseits auch einer Verschlechterung derselben Widerstand zu leisten, ist die Vereinigung mit seinesgleichen, mit seinen Oergewerkschaften. Deshalb ist der Beitritt zu einer Gewerkschaft eine Lebensnotwendigkeit für jeden Arbeiter. Die Gewerkschaft erstrebt: Erhöhung des Lohnes nach Maßgabe der Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Ueberstunden und höhere Bezahlung derselben, soweit sie unumgänglich notwendig sind, Herbeiführung menschenwürdiger Zustände im Betrieb, Rechtsschutz, Wanderunterstützung, Arbeitslosenunterstützung; sie kämpft ferner gegen die Herabsetzung der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit, mit einem Worte gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Ferner stärkt sie das Solidaritätsgefühl, ohne das kein großes Ziel erreicht werden kann; sie veranstaltet die Sammlung

der nötigen Fonds für Kampf- und Unterstützungszwecke; sie veranlaßt Arbeitseinstellungen und Boykotts, wenn ihr kein andres Mittel zur Erreichung ihres Zweckes verbleibt.

Die Aufgaben und Zwecke der Gewerkschaft werden um so gründlicher erreicht, je stärker dieselbe ist, das heißt je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig ihr angehören, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind. Alsdann ist auch ihre moralische Macht so stark, daß viele Zumutungen gegen die Arbeiter unterbleiben, die andernfalls gestellt würden. Die bloße Existenz der Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Saiten nicht zu straff zu spannen. Da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betrieb Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Ueberzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so daß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse und politische Meinungen und nation. le Abstammung aufnehmen. Zusammenschließen aller vorhandenen Gewerkschaften in eine Organisation muß das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundsatzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen.

Diesem obersten Gebot der Gewerkschaftspolitik steht aber die vorhandene Spaltung der deutschen Gewerkschaften entgegen. Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften, christlich-katholische und protestantische stehen sich gegenüber. Diese Spaltungen sind eine große Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, der entgegen gewirkt werden muß, eine Ansicht, die in den verschiedenen Lagern immer mehr die Oberhand gewinnt. Es ist nur die Unwissenheit und die Kurzsichtigkeit der Arbeiter, die sich zu Spaltungen und gegenseitigen Verhetzungen mißbrauchen lassen zum Schaden ihrer eignen Sache; Spaltungen und Verhetzungen, die niemand den Unternehmern zumuten dürfte. Ganz besonders ist es das Beispiel der letzteren, das dem beschränktesten Arbeiter die Augen öffnen sollte und auch bereits vielen die Augen geöffnet hat. . . .

Um aber diese Einigung erreichen zu können, muß hintenangesetzt werden, was sie bisher getrennt hat, und muß in den Vordergrund gestellt werden, was ihnen gemeinsam ist: der Kampf für die Hebung der materiellen und sozialen Lage der Arbeiter. Das erfordert also die Einstellung der religiösen und parteipolitischen Polemiken hüben und drüben und weiter Beseitigung derjenigen Elemente, die nach Beruf und sozialer Stellung nicht in die Gewerkschaft gehören. Denn die Gewerkschaft ist eine spezifische Arbeiterorganisation, und so sollen auch nur Arbeiter oder gewesene Arbeiter, die durch den Kampf für die Arbeitersache aus der Arbeit geworden wurden, oder durch das Vertrauen ihrer Oergewerkschaften an ihre Spitze berufen worden sind, in derselben sein.

So lange die Gewerkschaften nicht begreifen, daß sie die erwähnten Konzessionen sich gegenseitig machen müssen, wird es zu keiner Einigung kommen; sie werden aber auch alsdann nicht sein, was sie sein könnten. Das diese Einigung nach Lage der Sache von heute auf morgen nicht eintreten wird, ist zu erwarten. Aber dann trete wenigstens anstelle der Einigung und der Einheit das Kartell. Alles weitere wird sich mit der Zeit von selber finden. Unter welchen Bedingungen solche Kartelle abzuschließen sind, ist nicht Aufgabe dieser Auseinandersetzung; diese Bedingungen werden die Beteiligten am besten selbst finden.

(Aus einer Rede August Bebel's, gehalten in einer öffentlichen Versammlung der Lithographen, Steindruckere und Berafagenossen zu Berlin, am 31. Mai 1900.)

Das mittelalterliche Handwerk.

V. Der Verfall.

In der Mitte des 15. Jahrhunderts sank das Handwerk von seiner stolzen Höhe herab. Die Quellen, die ihm einst das frische, blühende Leben zugeführt hatten, begannen zu versiegen. Von der politischen Selbständigkeit der Städte ging ein Stück nach dem andern verloren. Sie mußten sich der aufkommenden Autorität des Territorialfürsten unterordnen. — Die Aufhebung des Fehderechts und die Proklamierung des ewigen Landfriedens (1495) raubte ihnen den letzten Rest der Wehrfähigkeit. Dazu kam noch, daß das Rittertum seine kriegerische Rolle nicht mehr zu spielen hatte, es hatte sich ökonomisch längst überlebt. Es hatte nur die Rolle des Schmarotzers zu spielen. Nebenbei bemerkt weisen uns ja die Bilder, die den schlemmenden Ritter und den verschmizt lächelnden Mönch als lustige Zecheergesellschaft in jener Zeit darstellen, klar darauf hin. Auch Shakespeares Fallstall soll nichts anderes charakterisieren. — Die zahlreichen Gefolgsschaften die nun frei wurden und keinerlei Beschäftigung und Mittel hatten, wandten sich den Städten zu und schufen so rasch ein städtisches Proletariat. — Die Reformation, die die Klöster auflöste und den großen Grundbesitz in Eigentum der Fürsten verwandelte, hatte die gleiche Wirkung. Die Zahl der Armen in den Städten war unglücklich hoch. In Hamburg betrug sie 1451—1538 16—24%, während man in Augsburg 1520 angeblich 2000 „Nichtshäbige“ zählte. Dabei muß immer beachtet werden, daß die Städte noch klein waren.

Die Einführung des römischen Rechtes machte die Zünfte zur Auffindung ihres Rechtes unfähig. Aber den schwersten Schlag bewirkten eine ganze

Reihe geographischer Entdeckungen. 1453 eroberten die Türken Konstantinopel und die Herrschaft über die Donauländer. Der Welthandel, der früher seinen Weg vom Orient über das Mittelmeer und von da auf langen Handelsstraßen durch das Herz Deutschlands nach Norden und Osten nahm, mußte sich einen andern Weg schaffen. Durch das Aufblühen des Seewegs nach Ostindien und die Entdeckung Amerikas wurde er nach dem Westen verlegt; über den atlantischen Ozean gingen jetzt die Waren nach den Häfen Europas. Holland nahm den Welthandel in seinen Besitz. — Aber auch für das Innere Deutschlands erschwerten die hohen Territorialzölle der kleinen Landesfürsten den Handelsverkehr, wenn sie ihn nicht zur Unmöglichkeit machten. So waren denn dem „heiligen römischen Reich deutscher Nation“ sämtliche Lebensnerven durchschnitten. Der Verfall des Handwerks war nur noch eine Frage der Zeit.

Die Erschließung der riesigen Gold- und Silberschatze Amerikas führte eine Preisrevolution herbei, die äußerst nachteilig auf das Handwerk wirkte. Aus den alten Geschlechtern war eine neue Erbarkeit mit fabelhaften Reichtümern entstanden, die sie durch Wucher und Handelspekulation erworben hatte, wie die Fugger zu Augsburg und die Wollherrn zu Ulm. Sie besaßen in der Stadtverwaltung bald das Uebergewicht.

Wie suchten aber nun die Handwerker ihrem Untergang zu entgehen? Vor allem waren sie eifrig bemüht, sich ihr Arbeitsfeld zu sichern, indem sie das Erlangen des Meisterstandes erschwerten und die Zunftverfassung so ausklügelten, daß sie nichts anderes war als ein Privilegium, das alle, die nicht Meistersöhne oder Schwiegeröhne waren, vom Handwerk ausschloß. Das Zunftrecht erstarrte und wurde zur lästigen Fessel. Schon beim Aufnehmen des Lehrlings waren eine ganze Reihe Bedingungen zu erfüllen. Der Betreffende durfte kein Findling oder uneheliches Kind sein; durch eine lange Ahnenprobe mußte der Nachweis erbracht werden, daß er nicht unter seinen Vorfahren einen habe, der den unehrlichen Ständen angehörte, wie z. B. Trompeter, Zöllner, ja sogar Müller und Bader. War der Lehrling so glücklich, daß unter seinen Ahnen kein unehrlicher zu finden war, so konnte er nach Zahlen des Lehrgeldes die 4—6 jährige Lehrzeit antreten. Böse Tage waren es für ihn. Geselle geworden, lag ihm die Pflicht ob, eine festgesetzte Zahl von Jahren zu wandern. So mußten die Schuster der Stadt Würzburg 5 Wanderjahre im Wanderbuch nachweisen können. Aber noch lange nicht konnte der Geselle daran denken, sich als Meister niederzulassen. In der betreffenden Stadt hatte er um das Meisterrecht zu „muten“, d. h. er mußte es von der Zunft fordern und 1/2—3 Jahre bei einem Zunftmeister arbeiten. Vorher hatte er als Schreibgehülfe den Mutroschen zu zahlen.

Das Meisterrecht, einst nur eine Geschicklichkeitsprobe, war jetzt Mittel zur ärgsten Schikane geworden. Immer schwieriger, umfangreicher und teurer wurden die Bedingungen, es kam sogar vor, daß das fertige Stück niemand kaufte, da es zu hohen Preis hatte. Solange der Geselle mit der Herstellung des Meisterstückes beschäftigt war, kontrollierten ihn fortwährend die Schaumeister, die er für die ganze Zeit zu bewirten hatte. Wurde das Meisterstück verworfen, so hatte dies die nachteiligsten Folgen; der Geselle mußte wieder einige Jahre wandern. War es aber gelungen und hatte er die Aufnahmegebühren für die Zunft bezahlt, so folgte nun das Meisteressen, an dem nicht nur die Zunftmeister, sondern auch deren Frauen und erwachsenen Kinder mit teilnahmen. Die Kosten für diesen Schmaus waren unglücklich hoch, ja es war keine Seltenheit, daß junge Meister dafür Jahre lang zu zahlen hatten. Bei der Heirat hatte er streng zu beachten, daß die Braut keine arme oder gemeine Tochter war. Nun konnte er in der Stadt das Bürgerrecht erwerben. Und auch hier wurden besondere Forderungen gestellt; er mußte ein bestimmtes Vermögen besitzen oder gar ein Haus sein eigen nennen. Erst wenn der Geselle alle diese Vorbedingungen erfüllt hatte, war er endlich Meister geworden.

Aber nicht genug damit. Um eine Ueberfüllung des Gewerbes zu verhindern, schloß man die Zünfte; es wurden keine Meister als Mitglieder aufgenommen, desgleichen auch keine Lehrlinge. In Nürnberg war für die Taschner ein Lehrlingsstillstand auf 10 Jahre beschlossen worden, bei den Schuhmachern sogar auf 20 Jahre. Für Meistersöhne galten diese Bedingungen zum großen Teil nicht. Sie hatten dieselben Rechte im Handwerk, die der Vater besaß. Die übergroße Masse der Gesellen war somit vom Meisterrecht ausgeschlossen, ohne dem dürfen sie das Handwerk nicht selbstständig ausüben. Die „ehrbar Zunft“ verfolgte eifrig die „Puscher, Störer oder Bönhasen“, die sich erkühnten, Arbeit zu liefern, die Sache der Meister war. Man belegte sie mit schweren Strafen, durchstörte ihre Wohnungen und nahm ihnen die Werkzeuge und fertigen Produkte weg. So nutzten die zünftigen Meister ihr Privilegium aus.

Die Gesellen hatten ihre glänzende Position verloren, sie waren Proletarier geworden. Der unsichere Zustand der Reformation hatte es den Meistern möglich gemacht, ihnen ihre Errungenschaften zu entreißen. Die Löhne waren um die Hälfte herabgesunken, die Arbeitszeit war länger geworden. Mit den zahlreichen Feiertagen hatte die Reformation aufgeräumt. Die Gesellen klagten,

ressante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Berlin. Am 18. Februar nahm eine von mehr als 2000 Kollegen besuchte Versammlung den Bericht über die Ursachen, den Verlauf und den Abschluß der verunglückten Aussperrungsbewegung des Schutzverbandes entgegen, den Kollege Czech erstattete. Die Mitteilung von der Zurückziehung der Zuchttausordnung, zu der der Schutzverband gezwungen worden ist, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch in der Diskussion wurde die Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der Schutzverband, der ursprünglich über die Köpfe der Arbeiterschaft seine Normalarbeitsordnung einfach diktieren wollte, für seine Anmaßung eine schallende Ohrfeige nach der anderen davongetragen hat. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die am 15. Februar in Kellers Festsälen tagende gutbesuchte Versammlung der Lithographen und Steindruckerkollegen Berlins erklärt nach Entgegennahme des Berichts über die Ursachen und den Verlauf der verunglückten Aussperrungsbewegung des Schutzverbandes ihr Einverständnis mit den von der Verbandsleitung getroffenen Abmachungen. Die Versammlung drückt ihre Genugtuung aus, daß es durch die Macht der Organisation gelungen ist, dem Schutzverbande die Zuchttausordnung zerrissen vor die Füße zu werfen. Die Versammelten versprechen, alles zu tun, was geeignet ist, dem Verbande auch den letzten Unorganisierten zuzuführen und den Kampf der Organisation zu stärken, um den Schutzverband von seinem Aussperrungsfeber ein für alle mal gründlich zu kurieren.« — Hierauf wurde die imposante Versammlung mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Halle a. S. Am 12. Februar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Gnoth über die beabsichtigte Aussperrung und deren Ursachen sowie über die Konferenz in Halle und deren Beschlüsse referierte. Die Maßnahmen des Schutzverbandes wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Die berüchtigte Arbeitsordnung, die uns der Schutzverband aufzuzwingen sucht, wurde eingehend erörtert. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß wir eine derartige Zuchttausordnung, die nur dazu bestimmt ist, unsere Organisation lahm zu legen, entschieden zurückweisen müssen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die am 12. Februar tagende Versammlung der Mitgliedschaft Halle a. S. nimmt Kenntnis vom Bericht über die stattgefundene Konferenz und erklärt sich mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß wir, um jederzeit zu einem Kampf mit dem Schutzverband gerüstet zu sein, unsere Kasse stärken müssen, was nur durch eine Beitrags-erhöhung geschehen kann. Die Versammlung erklärt es für notwendig, daß darauf hingearbeitet werden muß, dem Schutzverband auf die inszenierte Aussperrung zu gegebener Zeit die entsprechende Antwort zu geben und gibt deshalb einstimmig die Zustimmung zu der auf der Konferenz angeregten Extrasteuer.«

Hamburg. Die bereits in voriger Nummer mitgeteilten Differenzen in der Firma H. Carly haben sich insofern verschärft, als sämtlichen Steindruckern gekündigt wurde. Bereits vor einiger Zeit hatten wir mit der Firma Differenzen wegen Lohnreduktionen. Dann entließ die Firma einen Kollegen, der einen Lohn von 33 Mk. bezog, und stellte dafür einen Nichtorganisierten mit 28 Mk. ein. Dann wurde ein Lithograph gekündigt, der bereits 25 Jahre im Geschäft war, angeblich wegen Arbeitsmangel. In Wirklichkeit war aber der Lohn von 40 Mk., den sich der Kollege im Laufe der 25 Jahre erobert hatte, zu hoch. An seine Stelle wird man eine billigere Kraft setzen. 25 Jahre hindurch hat der Kollege der Firma seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, 25 Jahre hat er dazu beigetragen, dem Unternehmer einen ansehnlichen Profit zu sichern, nun setzt man ihm den Stuhl vor die Tür. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen! Wirklich, eine empfehlenswerte Firma! Aber damit noch nicht genug; sagt doch der Geschäftsführer: »Sie können uns doch nicht verdenken, wenn wir die Konjunktur für uns ausnutzen!« Nach der Idee der Firma Carly wird das folgendermaßen gemacht: Ein Maschinenmeister wird in das Kontor gerufen und ihm mitgeteilt: »Mein lieber X., Sie sollen Geld verdienen.« Der Kollege nichts Gutes ahnend, läßt die Sache an sich heran kommen. »Sie sollen 7 Mark Zulage haben!« Das ist doch nobel von der Firma, 7 Mk. auf einmal. Aber der Pferdefuß kommt nach! »Dafür bedienen Sie zwei Maschinen!« Da soll noch jemand behaupten, daß die Firma nicht rechnen kann. Leider hatte der Kollege kein Verständnis für das Wohlwollen der Firma und lehnte dies Anerbieten ab. Eine Verhandlung seitens der Organisation mit der Firma führte zu keinem Ergebnis; die Firma erklärte: »Die Arbeiten werden so schlecht bezahlt, wir setzen Geld dabei zu.« Da muß man doch unwillkürlich fragen, sind denn die Arbeiter Schuld daran, wenn die Arbeiten schlecht bezahlt werden? Ist es nicht beschämend für ein Unternehmen, zu erklären: »Wir setzen an den Arbeiten zu!« Da möchte man nun die Arbeiter als Sündenbock haben, diese werden sich aber bis zum Äußersten sträuben, die Schmutzkonzurrenz zu unterstützen. Mögen die Unternehmer nicht im wilden Konkurrenzkampf die Preise immer mehr

herunterdrücken, dann brauchen sie derartige Ansinnen an die Arbeiter nicht zu stellen. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie uns in diesem Kampfe unterstützen und jeden Zug nach hier fernhalten. Wir werden dem Unternehmer beweisen, daß wir auch in der schlechten Konjunktur unseren Mann stellen.

Heilbronn. Die am 12. Februar stattgefundene sehr stark besuchte Generalversammlung befaßte sich zunächst mit den neuesten Vorgängen in unserem Berufe. Stürmische Protestrufe löste die zum Teil zur Vorlesung gebrachte neue Arbeitsordnung des Schutzverbandes aus. Eine Kommission wurde beauftragt, etwaige Verschlechterungen in den Betrieben ganz energisch zurückzuweisen. Im Anschluß an diesen Punkt fanden die Neuwahlen des Vorstandes und der Kartelldelegierten statt. Hoffen wir, daß jede unserer Versammlungen ebenso zahlreich besucht wird, dann wird auch im kommenden Jahr ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich sein, zum Nutzen der Zahlstelle und der gesamten Kollegenschaft.

Leipzig. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich unsere am 10. Februar im Volkshaus abgehaltene Versammlung. Aufgestachelt durch das brutale Vorgehen des Schutzverbandes, waren die jünger Senefelders in Scharen erschienen, so daß der große Saal des Volkshauses bis auf den letzten Platz besetzt und auch Galerien und Gänge gefüllt waren. Kollege Pfeifer behandelte die Ursachen der Differenzen in München und Nürnberg, die einzig und allein auf die Treibereien der Unternehmer zurückzuführen sind, und berichtete sodann über die Konferenz in Halle, deren Beschluß, den Kampf beim Nichtzustandekommen einer die Gehilfen befriedigenden Einigung trotz der wenig günstigen Geschäftslage aufzunehmen, von der Versammlung freudig begrüßt wurde. Auch die Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die am 10. Februar im Volkshaus tagende, von 2000 Personen besuchte Versammlung ist mit den Beschlüssen der Vertreterkonferenz vollkommen einverstanden. Sie verspricht, wenn eine befriedigende Einigung nicht zustande kommt, den durch das rigorose Vorgehen des Schutzverbandes heraufbeschworenen Kampf aufzunehmen und mit aller Energie durchzuführen. Ebenso einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, den Hauptvorstand zu ermächtigen, im Falle des Kampfes eine Extrasteuer von 1, 2, 3 und 4 Mk. pro Woche zu erheben. Kommt es nicht zum Kampfe, soll ein Extrabeitrag für die Gewerkschaftskasse von wöchentlich 20 Pfg. vorläufig auf ein Jahr erhoben werden, um zu einem Kampffonds zu kommen, der es jederzeit ermöglicht, aus eigener Kraft dem Schutzverband ein Paroli zu bieten.

Rheydt. Am 12. Februar fand für die Kollegen der Firma Schött A.-G. eine stark besuchte Geschäftsversammlung statt, in der zunächst unser Gauvertreter Kollege Banknecht Bericht erstattete über die Differenzen in den bayrischen Firmen, sowie über die angedrohte Aussperrung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die heute versammelten Rheydter Lithographen und Steindrucker sympathisieren vollständig mit der Nürnberger Kollegenschaft und erklären einstimmig, derartiges Anerbieten ebenfalls abzulehnen, im Interesse der ganzen deutschen Kollegenschaft.«

Stuttgart. Die am 15. Februar stattgefundene Generalversammlung der Filiale I hatte sich eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen. Zunächst erstattete der Vorsitzende seinen Bericht über die Vertreterkonferenz in Halle, der beifällig aufgenommen wurde. In der lebhaften Diskussion wurden die Beschlüsse der Konferenz gut geheißen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen. In Anbetracht der andauernden, durch den Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer verursachten Unruhe im graphischen Gewerbe hält es die am 15. Februar 1910 tagende Generalversammlung der Lithographen und Steindrucker Stuttgarts für angebracht, daß ein Kampffonds geschaffen wird, damit der Verband dem Unternehmertum als Machtfaktor entgegenzutreten kann. Die Generalversammlung kann deshalb die Beschlüsse der Vertreterkonferenz in Halle nur begrüßen. — Aus den Jahresberichten des Vorstandes und der verschiedenen Kommissionen war zu ersehen, daß des verflorbenen Geschäftsjahr ein arbeitsreiches war, daß aber auch noch manches Stück Arbeit zu leisten übrig geblieben ist. Die Verwaltung wurde en bloc wiedergewählt; bis auf zwei Ausschußmitglieder, die eine Wiederwahl ablehnten, nahmen alle Kollegen ihre Ämter wieder an. — Zum Schluß teilte Kollege Werner mit, daß von den Buch- und Steindruckereihilfsarbeitern Anregung zur Gründung eines graphischen Kartells gegeben sei. Durch einstimmigen Beschluß wurde die Verwaltung ermächtigt, mit den übrigen Organisationen in dieser Angelegenheit in Verbindung zu treten.

Trier. In unserer Mitgliederversammlung vom 12. Februar wurde zunächst der Kartellbericht erstattet, aus dem hervorzuheben ist, daß die Sammlung für die Ausgesperrten in Schweden Mk. 234,85 ergab, wovon unsere Kollegen Mk. 38,65 aufgebracht haben. Nach verschiedenen Ersatzwahlen entspann sich über die vom Schutzverband angedrohte Aussperrung eine lebhafte Debatte, worauf folgendes beschlossen wurde: »Die Zahlstelle ist der Ansicht, daß im Falle eines Kampfes keine Streikmarken aus-

gegeben werden, sondern eine direkte Beitrags-erhöhung eintritt, deren Höhe dem Hauptvorstand überlassen bleiben soll.« Sodann wurde noch die Einführung von Wochenzetteln besprochen. — Sehr zu bedauern ist der ständige schlechte Versammlungsbesuch am Ort. Und gerade diejenigen fehlen fast immer, die sonst bei jeder Gelegenheit ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben. Kollegen, wann werdet ihr einsehen, daß dieser Schlandrian nicht mehr so fortgehen kann, daß ihr euch selbst schadet und anderen schließlich die Lust an der Arbeit für unsere gute Sache verleidet? Darum heraus aus dem Schlandrian und hinein in die Versammlungen, wo euer Platz ist! Nur so und nicht anders können wir jederzeit zufriedenstellend wirken für das Gedeihen unserer Sache!

Der Lithograph.

Teil für die Inter. ss. n. der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Mustervorlegung und Musterverweigerung.

Der Schutzverband will jetzt seine Mitglieder bestimmen, daß sie ihren Arbeitern Musterdrucke nicht mehr verabfolgen. Diesen Grundsatz wollte eine gewisse Firma schon längst durchführen, aber alle ihre dahingehenden Versuche wurden bisher abgeschlagen. Die betreffende Firma, sie befindet sich in einem thüringischen Kleinstädtchen, suchte früher stets und ständig, jahraus und jahrein in Offertenblättern billige Arbeitskräfte. So mancher Gehilfe, dem es in seiner Stellung nicht gefiel und der deshalb im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien eine andere, besser bezahlte »Lebensstellung« suchte, erhielt stets von der ewig-suchenden Firma das erste Angebot, mochte er nun als Chromolithograph, als Schwarzzeichner oder als Entwerfer usw. suchen. Sogar in auswärtigen Lokalbüchern suchte diese Firma; denn sie war ob ihrer »noblen« Bezahlung schon gut bekannt, weshalb sie stets lange suchen mußte, bis sie was fand.

Nun ereignete es sich einmal, daß man einen Kollegen aus der grünen Steiermark nach dem sogenannten »grünen Herzen Deutschlands« bestellt hatte. Die Reise war weit und kostspielig, zumal da auch gerade zu dieser Zeit die fahrplanmäßigen Züge durch Ueberschwemmungen nicht verkehren konnten, sondern liegen bleiben mußten. Auch unser Steiermärker mußte deshalb öfters übernachten, weshalb er sich noch kurz vor dem Ziel seiner Fahrt von der Firma Geld zur Reise senden lassen mußte. Als der Kollege seine neue »Lebensstellung« angetreten hatte, mußte er sich schon nach dem ersten vierzehntägigen Lohn tag gefallen lassen, daß ihm die Firma das Reisegeld in sehr großen Raten abzog!

Da unser Steiermärker Kollege aber noch das »Glück« hatte, gerade in eine Periode der ungesetzlichen und unbezahlten »Feiertage« (Jahrmärkte, Vogelschießen, Sedanrummel usw.) hineinzugeraten, so spürte er diesen Reisegeldabzug in großen Raten sehr; er konnte mit dem Geide, was ihm noch übrig blieb — nach Abzug der Wohnungsmiete, Wäschekosten usw. — kaum täglich was »Warmes« genießen, was doch für einen Mann — sein Alter war hoch in die Dreißig — immerhin empfindlich ist. Denn der Mensch lebt nicht allein von »kaltem Aufschnitt« und »warmer Knoblauchwurst«. Unser Steiermärker suchte sich deshalb sobald als nur möglich eine andere »Lebensstellung«. Er fand auch eine solche im besser zahlenden Norddeutschland. Von den »Reichen der himmlischen Mitte« hatte er genug! Nun wollte er aber Muster haben, aber die Firma wollte ihm, dem sie doch vor dem Engagement erst Muster abgefordert hatte, keine geben. Erst durch das energische Eintreten des »Ober« der betreffenden Abteilung mußte sich die Firma bequemen, dem Kollegen Musterdrucke von seinen Arbeiten zu geben. Später wurde dieser »Ober« von der Firma gemahregelt. Der Steiermärker bestätigte ihm noch vom Ausland, daß er für ihn in der Musterfrage und der Angelegenheit des Reisegeldabzugs eingetreten ist. Das ist auch so ein Fall von den verschiedenen Mustervorfällen! —

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Der Streik der Steindrucker bei C. F. Leonhardt in Crossen an der Mulde.

Die Differenzen in der Firma haben am 7. Februar zum Streik geführt. Das organisierte Personal hat an diesem Tage das Geschäft verlassen. Diese Tatsache an sich wäre nun nicht geeignet, in der Öffentlichkeit ausführlich behandelt zu werden. Das Verhalten der Firma zwingt uns aber, den Werdegang nicht nur den Kollegen, sondern auch den Abnehmern der Firma zu zeigen. Wir können

uns auch um so leichter an die Öffentlichkeit wenden, als wir nichts zu verdunkeln haben, und keine irreführenden Informationen zu geben brauchen. Ganz anders handelt die Firma. Sie hat ein Interesse daran, Wesentliches verschwinden zu lassen und Nebensächliches aufzubauchen, um den Wagen in falsche Geleise zu schieben. Wie man ein solches Beginnen im Geschäftsverkehr bezeichnet, braucht an dieser Stelle nicht besonders ausgeführt zu werden.

Wessen sich im allgemeinen ein Arbeiter von der Firma zu versehen hat, zeigen zwei Fälle. Von den Leonhardt'schen Arbeitern wurde einmal ein Mann in das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, ein weiterer in die seinerzeitigen Kommissionen zur Abänderung der Unfallverhütungsvorschriften gewählt. Solche Vertreter genießen insofern gesetzlichen Schutz, als sie wegen ihrer amtlichen Tätigkeit nicht entlassen werden dürfen. Die Entlassung erfolgte aber doch, und als Beschwerde eingelegt wurde, erklärte die Firma mutig, daß andere Gründe dafür maßgebend gewesen seien, die sie nicht anzugeben brauche. Dieser willkürliche Herrenstandpunkt liegt auch der gegenwärtigen Differenz zugrunde. Leider haben die Papierarbeiter die Hand der Herren bis auf den heutigen Tag auf sich ruhen lassen. Deshalb glauben die Firmeninhaber mit den Arbeitern nach Belieben umspringen zu können.

Als der Konflikt unsererseits durch das Verhalten der Firma nicht zu umgehen war, wandten wir uns auch an die Abnehmer der Firma Leonhardt und legten den Sachverhalt dar. Da ist es nun bezeichnend, was diesen Abnehmern mitgeteilt wird. Nach einem Briefauszug schrieb die Firma: »Ich beschäftige hunderte von Leuten und wenn hiervon fünf abgehen, so kann wohl nicht gut von einem Streik gesprochen werden. Außerdem kann man einer Firma, welche keine Arbeit für die betreffende Maschine hat, doch nicht gut zumuten, daß sie trotzdem den Drucker in Lohn behält. Wenn außerdem die Firma gezwungen war, im Januar einen Drucker zu entlassen, weil er Farben entwendet hatte, so kann man doch bei ruhiger Überlegung hiergegen nichts einwenden und kann doch von einer Maßregelung keine Rede sein.«

Ein ähnliches Schreiben, das wir weiter unten abdrucken, ging uns zu. Wie liegen denn aber in Wirklichkeit die Dinge? Die Firma Leonhardt ist in Fachkreisen dafür bekannt, daß sie Schleuderkonkurrenz treibt. Der Fachverband deutscher Steindruckereibesitzer hat sowohl durch seine Zeitung als auch durch Zirkular Gelegenheit genommen, das Geschäftsgebahren und die Schleudereien der Firma eingehend darzulegen. Auch der Verband sah sich schon einmal gezwungen, die Firma zu sperren. Die Sache wurde zwar damals behoben, Ruhe ist aber nicht eingetreten. Beinahe ständig hatte die Verbandsleitung Veranlassung, sich mit den Verhältnissen in der Firma zu beschäftigen. Neuerdings haben aber die Manipulationen dem Fasse den Boden ausgeschlagen. Die Steindrucker sollten der Firma behilflich sein, die Preise noch mehr zu werfen. Da ist nun der Fall eingetreten, daß die Interessen der Arbeiter einmal mit denen der Unternehmer konform gehen, denn wir können uns die Arbeitsverhältnisse durch das maßlose Treiben der Firma nicht allgemein verschlechtern lassen. Wenn in dem Crossener Betriebe auch nur geringwertige Arbeit gemacht wird, so drücken die dortigen Verhältnisse doch auf die allgemeine Lage. Aus diesem Grunde wieder setzen wir uns der Einführung eines raffinierten Tantiemesystems, das die Intensität der Arbeit ins Fabelhafte steigern sollte. Der Oberdrucker Bredel, der inzwischen aus dem Verbandsausschuss wurde, suchte vor einiger Zeit einem Kollegen die Vorzüglichkeit seines Tantiemesystems begreiflich zu machen. Dabei bemerkte er, der Kollege brauche die Sache nicht dem Verbandsausschuss zu melden. Der Oberdrucker, der nur im Auftrage der Firma gehandelt haben kann, wußte also, was das zu bedeuten hat. In gleicher Weise mußte es demnach auch der Firma bekannt sein. Wir können deshalb das jetzige Gebahren der Firma nur als unverfroren bezeichnen. Der Kollege war indessen nicht so pflichtvergessen, machte dem Verbandsausschuss Mitteilung und verweigerte die Annahme eines Blutgeldes. Zwei Verbandsfunktionäre hatten daraufhin mit dem Oberdrucker Bredel eine Besprechung, bei der es schien, als ob die Angelegenheit friedlich geregelt werden könnte. Das war aber nicht der Fall, denn unser Gewährsmann wurde wegen Arbeitsmangel entlassen. Das geschah so eilig, das der Kündigungslohn sofort ausgezahlt wurde. Am gleichen Tage wurde aber auch ein anderer Kollege eingestellt. Mit dieser Tatsache lassen sich die Angaben der Firma nicht in Einklang bringen. Die Bezirksleitung erhielt nunmehr den Auftrag, mit der Firma in Verbindung zu treten. Am 4. Januar wurden wir schriftlich und am 12. Januar auch mündlich abgewiesen. Bei letzterer Gelegenheit wurde uns eine offenbare Unwahrheit gesagt. Es sollte niemand von den Herren anwesend sein. Besonders tapfer kann so etwas nicht genannt werden. Daraufhin wurde der Firma mit Schreiben vom 13. Januar eine Tarifvorlage unterbreitet und um Verhandlung über abweichende Meinung ersucht. Die Vorlage kam ohne jedes Begleitschreiben zurück. Dieser Vorgang ist von Interesse dadurch, daß ihn die Firma im oben abgedruckten Schreiben glatt unterschlägt. Dafür bringt sie eine lächerliche Entwendungsaffäre ge-

schleppt, die sich bis dahin noch gar nicht zugetragen hatte. Diese Nichtachtung den Wünschen der Arbeiter gegenüber gab dem Personal Veranlassung, das Arbeitsverhältnis zum 5. Februar zu kündigen. So der wahrheitsgemäße Vorgang.

Vor Ablauf der Kündigungsfrist boten wir der Firma nochmals unsere Dienste als Vermittler an, erhielten aber folgendes Schreiben: Ich bestätige den Erhalt Ihrer Zuschrift vom gestrigen Tage und erkläre hiermit folgendes: Im Dezember entließ ich mangels Arbeit den Maschinenmeister . . . ; die Stelle ist bis heute nicht besetzt worden. Im Januar entließ ich wegen Entwendung von Farben den Maschinenmeister . . . , hierauf kündigten nach wenigen Tagen 6 Drucker ohne Angabe von Gründen. Die durch die Kündigungen frei gewordenen Stellen sind inzwischen wieder besetzt worden. Von irgendwelchem Konflikt kann also keine Rede sein und ist die ganze Angelegenheit für mich erledigt. Der Unterzeichner ist der Reserveoffizier Otto Leonhardt. Die Entwendungsaffäre besteht darin, daß ein Drucker von einigen Farben winzige Quantitäten an sich nahm, um einen Farbdruck zuhause zu retuschieren. Das Objekt ist so gering, daß der Wert in Zahlen sich nicht ausdrücken läßt. Auch die Firma sah darin keine Greueltat, denn der Betreffende kam anfänglich mit einer Warnung davon. Erst auf Anraten des Oberdruckers wurde der Mann entlassen. Dabei spielten sich Vorgänge ab, die nahezu an Erpressung grenzen.

So hat sich die Sache in Wirklichkeit abgespielt. Der Leser kann selbst den Vergleich mit den Darstellungen der Firma ziehen. Nicht einmal die Zahlen sind in dem Schreiben der Firma richtig. Für uns ist indessen die Sache keineswegs erledigt. Die Firma fertigt jetzt nur Streikarbeit. Die dort hergestellten Packungen gehen an Fabrikanten, die in der Hauptsache an Konsumvereine und sonstige Arbeiterkonsumenten liefern. Einige dieser Fabrikanten haben uns zugesagt, bei der Firma solange keine Bestellungen zu machen, bis der Konflikt beigelegt ist; andere Fabrikanten sind durch Schreiben der Firma irreführt worden und der Rest hat uns keine Antwort gegeben. Es ist aber zweifellos, daß sich die Arbeiterschaft bestens dafür bedanken wird Produkte zu kaufen, deren Packungen von Rausreifern hergestellt wurden, sobald die Arbeiter durch die Tagespresse die Artikel kennen gelernt haben, für welche in Crossen Packungen gedruckt werden. Wir wissen, daß dann der Herrenstandpunkt der Firma Leonhardt einen Stoß erhält.

E. Herbst.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Portrait-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: Wilhelm Hähnlein, Berlin N. 28.
Anklamertstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Ein Erfolg der Printenmaler.

Von der Art des Existenzkampfes gewisser Arbeiter-Kategorien und sogar einer großen Anzahl künstlerischer Talente haben die wenigsten eine Ahnung. Eine derartig wenig beneidenswerte Gruppe von kunstgewerblich Tätigen bilden die *Printenmaler*, ein Beruf, der seit Eindringen der Printenvergrößerungen in Deutschland — Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts — entstanden ist. Es drängten sich Angehörige aller möglichen Berufe zusammen in dem Glauben, das Publikum verstehe doch nichts von der notwendigen Ähnlichkeit, Ausführung und Technik des Bildes. Vielen Händlern und Unternehmern ist es aber im Laufe der Jahre durch die vielen Zurückweisungen von Bildern durch das Publikum klar geworden, daß sie mit guten Malern, auch wenn diese etwas höher entlohnt werden müssen, besser fahren. Wenn aber, sei es zu Weihnachten oder durch einen besonderen Geschäftstrieb, Massenaufträge in kaum glaublicher Zahl einliefen, lockten diese immer wieder Arbeitskräfte an, unter denen sich viele Unfähige befanden. Dann wurden auch etwas höhere Stückpreise für das Ausmalen der Printen bezahlt und der gute Maler hatte seine liebe Not, das gewünschte Quantum zu liefern, während er zur flauen Zeit dem Händler die Tür einläßt. Der Printenmaler ist zumeist Heimarbeiter, stets aber arbeitet er in Stücklohn. Einer Kranken- oder Invalidenversicherung wird er selbst dann nicht angemeldet, wenn er ständig für einen Unternehmer und selbst in dessen Räumen arbeitet. — Dann und wann taucht auch mal ein gewissenloser Patron auf, der sich durch Inserate bereit erklärt, *Printenmaler auszubilden*. Er nimmt ein mehr oder minder hohes Lehrgeld und der Ausgelernte versucht dann zu »malen« und — drückt die Löhne! Manchmal haben solche Leute ihre letzten paar Mark hingegeben. Spät, viel zu spät sehen sie dann vielleicht ein, daß sie nur geprellt wurden, denn es gelingt ihnen selbst zur Zeit der Hochkonjunktur kaum, das Nötigste zu verdienen. Wohl wissen viele kleine Händler, die ohne Fachleute arbeiten, die Ausführung nicht zu beurteilen, aber das Publikum gibt ihnen dann nichtkonvenierende Bilder zurück und der »Maler« versucht bei einem anderen sein Glück. Bei dem ersten bekommt er nichts mehr. So geht es weiter, bis er die meisten Händler durch ist und den Preis immer tiefer und tiefer drückt. Hierunter haben aber die guten Printenmaler mit zu leiden. Während

noch vor wenigen Jahren 2 Mk. und 2,50 Mk. pro Bild gezahlt wurden, beträgt der Durchschnittslohn für das Ausmalen jetzt nur 1 Mk. Wohl wurden auch früher manchmal noch geringere Löhne bezahlt, aber durch die vielen Reklamationen der Kunden stiegen die Anforderungen in Bezug auf Ausführung. Trotzdem sucht man durch alle möglichen Manöver immer mehr die Löhne zu drücken. So ging ein Händler sogar soweit, für 1 Stube und Küche, worin zeitweise bis 16 Printenmaler arbeiteten, von jedem der Maler pro Woche 1,50 Mk. Platzmiete zu erheben bzw. abzuziehen. Er ließ aber dabei die so teuer bezahlte Arbeitsstätte, die pro Woche bis zu 24 Mk. brachte, nur selten und dann nur oberflächlich reinigen.

Daß aber mit solchen Abzügen die Printenmaler nicht weiter einverstanden sein wollen, haben sie endlich einmal in der richtigsten Weise zum Ausdruck gebracht, indem sie vom 4. bis 8. Februar im »Internationalen Portrait-Institut«, Brückenstraße 10, streikten. Die Firma hätte mit diesem Tage den Preis für das Ausmalen der Printen von 1 Mk. auf 75 Pf. pro Stück herabgesetzt. In der am Freitag früh abgehaltenen Versammlung der Printenmaler war eine Kommission gewählt worden, welche unter Mitwirkung eines Vertreters *unseres Verbandes* mit dem Inhaber der Firma verhandelte. Dieser wollte nun den besseren Malern 80, und den anderen 70 Pf. pro Bild bezahlen. Dieses Angebot lehnten die Printenmaler fast einstimmig ab und beschlossen in den Streik zu treten. Dieser wurde auch durch das Stellen von Streikposten wirksam durchgeführt, so daß Herr Gerlach sich am Montag schon bereit erklärte, 95 Pf. an die Maler und 5 Pf. an den Bildabnehmer zu bezahlen. Obwohl letzteres ein direkter Abzug ist, gingen die Maler auf das Angebot ein. Trotzdem alle möglichen Berufe, wie Akademieschüler, Lithographen, Kartographen, Photographen, Maler, usw. vorhanden waren, war die Haltung der 6 Streikenden vortrefflich. Man hatte offenbar schon viel zu lange und geduldig die Praktiken des Firmeninhabers Herrn Gerlach und seiner gleichgesinnten Kollegen ertragen, um weiter gleichgültig zu bleiben.

Zur Kennzeichnung der Firma diene eine für Kautions ausgestellt Quittung. Diese lautet: Wir bescheinigen dem Herrn . . . eine Kautions in Höhe von 20,- Mk. bei uns für evtl. Retouren hinterlegt zu haben. Diese Kautions erhält Herr . . . einen Monat, nachdem er seine Tätigkeit als Printenzeichner bei uns eingestellt hat, voll zurückgezahlt, sofern nicht Abzüge für irgend welche Neuanfertigungen stattfinden. Herr . . . haftet folglich auch noch einen Monat nach der Einstellung seiner Tätigkeit für alle von ihm gemachten Arbeiten, und verpflichtet sich, die während dieser Zeit von Seiten unserer Kundschaft gewünschten Änderungen vorzunehmen, oder aber für diese Kosten aufzukommen. Herr . . . erklärt sich mit Vorstehendem einverstanden. Von diesem Schriftstück behält die Firma ein von dem Maler unterschriebenes Exemplar. Können die Maler diese Kautions nicht auf einmal entrichten, wird sie ihnen in Raten von ihrem verdienten Lohn abgezogen, worüber sie vielfach keine Quittung erhalten. So hatten 47 Maler, von denen Angaben zu ermitteln waren, 724 Mk. Kautions gestellt.

Man sieht, daß die Unternehmer selbst dazu beitragen den Printenmalern endlich die Augen zu öffnen, denn Herr Klitscher, der Geschäftsführer der Neuen Photographischen Vergrößerungs-Gesellschaft, Inhaber Stange (von der bekannten Firma Stange und Wagner) hatte dies dem Herrn Gerlach empfohlen. Vorläufig können die organisierten Printenmaler mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Durch den Ausbau der Organisation werden weitere folgen.

X. Y.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

Aus den Sektionen.

Berlin. Am 30. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende gab zunächst einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Der Mitgliederbestand stieg von 107 auf 110, von denen 60 Formstecher und 50 Drucker sind. Arbeitslos waren 32 Kollegen 145 Wochen, krank 42 Kollegen 231 Wochen. Auskunft wurde an 32 Kollegen erteilt. In den Lohn- und Arbeitsverhältnissen waren bis zum Schluß des Jahres keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. 11 Versammlungen und 16 Verwaltungssitzungen haben stattgefunden. Der Bericht über unsere Arbeitslosenzuschußkasse zeigte, daß sie, trotzdem sie noch nicht ganz ein Jahr besteht, schon sehr segensreich gewirkt hat. Dem Wunsche der Drucker, zwecks besserer Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen und aus Agitationsrücksichten eine eigene Branchenfiliale zu gründen, wurde, da die erforderliche Mitgliederzahl vorhanden ist, Rechnung getragen und die Gründung einer eigenen Filiale beschlossen. Die Verhandlungen mit der Firma Liepmann haben noch zu keinem Resultat geführt. Terrorismus, den man sonst immer den Arbeitern vorwirft, scheint Herrn Liepmanns schönste Tugend zu sein, denn er versucht mit allen Mitteln, daß die Formstecher, die

ihn wegen seiner strikten Ablehnung aller Forderungen verlassen haben, keine Stellung bekommen. Hauptächlich die Berliner Stechereien möchte er sich bei dieser Handlungsweise gefügig machen, er ist der Meinung, wer bei ihm seine Stellung als Formstecher aufgegeben hat, müsse zum Verhungern verdammt werden. Aber trotzdem macht er sich kein Gewissen daraus, bei unserem Arbeitsnachweis zwei Stecher zu verlangen, oder sollte das bloß ein Carnevalscherz sein?



Feuilleton.

Aus August Bebels Leben.

Der Jüngling im Silberhaar, dessen 70. Geburtstag in diesen Tagen die Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt festlich begeht, hat uns eine Festgabe beschert, wie sie sinniger, schöner und willkommener nicht gedacht werden kann. Er ließ im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart unter dem Titel »Aus meinem Leben« den ersten Teil seiner Lebenserinnerungen erscheinen, der bis zum Jahre 1869 reicht. Wir lernen durch das prächtige Buch den Menschen Bebel kennen, wir durchleben mit ihm die Leiden und Freuden seiner Kindheit, seiner Jünglings- und ersten Mannesjahre. Der greise Arbeiterführer erzählt aus seinen Jugendtagen: »Der Mensch ist irgendwo geboren.

Mir wurde dieses Glück zuteil am 22. Februar 1840, an welchem Tage ich in der Kasematte zu Deutz-Köln das Licht der Welt erblickte. Mein Vater war der Unteroffizier Johann Gottlob Bebel in der dritten Kompanie des 25. Infanterieregiments, meine Mutter Wilhelmine Johanna geborene Simon.

Das »Licht der Welt«, in das ich nach meiner Geburt blickte, war das trübe Licht einer zinnernen Oellampe, das notdürftig die grauen Wände einer großen Kasemattenstube beleuchtete, die zugleich Schlaf- und Wohnzimmer, Salon, Küche und Wirtschaftsraum war. Nach der Angabe meiner Mutter war es abends Schlag neun Uhr, als ich in die Welt trat, insofern »ein historischer Moment«, als eben draußen vor der Kasematte der Hornist den Zapfenstreich blies, bekanntlich seit unvordenklichen Zeiten das Zeichen, daß die Mannschaften sich zur Ruhe zu begeben haben.

Prophetisch angelegte Naturen könnten aus dieser Tatsache schließen, daß damit schon meine spätere oppositionelle Stellung gegen die bestehende Staatsordnung angekündigt wurde. Denn streng genommen verstieß es wider die militärische Ordnung, daß ich als preußisches Unteroffizierskind in demselben Augenblick die Wände einer königlichen Kasemattenstube beschreie — und ich soll schon bei meiner Geburt eine recht kräftige Stimme gehabt haben — in dem der Befehl zur Ruhe erlassen wurde.

Die Familie Bebel befand sich keineswegs in rosigem Verhältnisse; der Verfasser schildert sie: »Eine preußische Unteroffiziersfamilie der damaligen Zeit lebte in erbärmlichen Verhältnisse. Das Gehalt war mehr als knapp, wie denn zu jener Zeit überhaupt in der Militär- und Beamtenwelt Schmalhans Küchenmeister war und so ziemlich jeder für Gott, König und Vaterland den Schmachtriemen anziehen und hungern mußte. Meine Mutter erhielt die Erlaubnis, eine Art Kantine führen zu dürfen, das heißt sie hatte das Recht, allerlei kleine Bedarfsartikel an die Mannschaften der Kasematten zu verkaufen, was in der einzigen Stube geschah, die wir inne hatten. So sehe ich sie im Geiste noch heute vor mir, wie sie abends bei der mit Rüböl gespeisten Lampe den Soldaten die steinernen Näpfe mit dampfenden Pellkartoffeln füllte, à Portion 6 Pfennig preußisch.

Bebels Vater starb früh; vor seinem Tod nahm er der Mutter das Versprechen ab, die Söhne nicht ins Militärwaisenhaus zu geben, weil sie sonst auf eine Reihe von Jahren Soldat bleiben müssen. Die verwitwete Mutter hat dann den Bruder des Vaters geheiratet, der Aufseher in der Korrekptions-

anstalt Brauweiler war. Welche Eindrücke der Junge Bebel hier aufgenommen hat, das sagt er:

»Ich habe mehr als einmal mit angesehen, daß junge und ältere Männer, die extra schwer bestraft wurden, sich der scheußlichen Prozedur des Krümmenschließens unterziehen mußten. Dieses Krümmenschließen bestand darin, daß der Delinquent sich auf dem Boden der Zelle auf den Bauch zu legen hatte. Alsdann bekam er Hand- und Fußschellen angelegt. Darauf wurde ihm die rechte Hand über den Rücken hinweg an den linken Fuß und die linke Hand ebenfalls über den Rücken an den rechten Fuß gefesselt. Damit noch nicht genug, wurde ihm ein leinenes Tuch strickartig um den Körper über Brust und Arme auf dem Rücken scharf zusammengezogen. So als lebendes Knäuel zusammengeschnürt, mußte der Uebeltäter zwei Stunden lang auf dem Bauch liegend aushalten. Alsdann wurden ihm die Fesseln abgenommen, aber nach wenigen Stunden begann die Prozedur von neuem.

Das Gebrülle und Gestöhne der so Mißhandelten durchtönte das ganze Gebäude und machte natürlich auf uns Kinder einen schauerlichen Eindruck.

Auch der Stiefvater des Knaben starb bald, und die Mutter zog 1846 nach ihrer Heimatstadt Wetzlar, wo Bebel seine Schuljahre verlebte. Er erzählt in dem Buche, wie er einem andern Knaben beim Einslauf das Leben rettete, und er teilt von seinen Jugendstreichen mit:

»Oft genug hatte allerdings unser Kantor berechnigte Ursache, mit mir ins Gericht zu gehen. So, als ich eines Tages, dem dunklen Triebe nach »Berühmtheit« folgend, in die roten Sandsteinstufen meinen vollen Namen, Geburtsort und Geburtstag eingemeißelt hatte. Ein starker Nagel aus Meißel und ein Stein als Hammer bildeten die Werkzeuge, die ich dazu benutzte. Natürlich wurde die böse Tat am nächsten Sonntag beim Kirchengang alleseitig entdeckt, auch von dem Kantor. Endresultat: eliche Ohrfeigen und dreimal über Mittag bleiben. Das bedeutete, daß ich vom Schluß der Schule am Vormittag bis zum Beginn derselben am Nachmittag im »Karzer« zubringen mußte, also erst nach dem zweiten Schulschluß nach Hause kam und so mein Mittagessen einbüßte. Zum Glück aber hatte der Kantor eine weichmütige Tochter. Diese beobachtete mich an der Seite ihres Bräutigams, als ich am zweiten Mittag am Karzerfenster stand und philosophische Betrachtungen über die Freiheit der Spatzen anstellte, die auf dem Schulhof in Scharen lärmt. Von meinem Schicksal gerührt, erwirkte sie mir bei ihrem Vater sofort eine vollständige Amnestie und kam selbst, um mir die Freiheit anzukündigen und mich aus der Haft zu entlassen. Es war die erste und einzige Begnadigung, die mir in meinem Leben zuteil geworden ist. Hätte das Ewigweibliche öfter über mein Geschick zu entscheiden gehabt, ich glaube, ich wäre manchmal besser davongekommen.

Als Bebel das letzte Jahr in die Schule ging, verlor er seine Mutter:

»Das Jahr 1853 machte meinen Bruder und mich zu Waisen. Anfang Juni starb meine Mutter. Sie sah ihrem Tode mit Heroismus entgegen. Als sie am Nachmittag ihres Todestages ihr letztes Stündlein herannahen fühlte, beauftragte sie uns, ihre Schwestern zu rufen. Einen Grund dafür gab sie nicht an. Als die Schwestern kamen, wurden wir aus der Stube geschickt. In trübseliger Stimmung saßen wir stundenlang auf der Treppe und warteten, was kommen werde. Endlich gegen sieben Uhr traten die Schwestern aus der Stube und teilten uns mit, daß soeben unsere Mutter gestorben sei. Noch an demselben Abend mußten wir unsere Habseligkeiten packen und den Tanten folgen, ohne daß wir die tote Mutter noch zu sehen bekamen. Die Aermste hatte wenig gute Tage in ihrem Ehe- und Witwenleben gesehen. Und doch war sie immer heiter und guten Mutes. Ihr starben binnen drei Jahren zwei Ehemänner, außerdem zwei Kinder, außer meinem jüngsten Bruder eine Schwester, die vor mir geboren worden war, die ich aber nicht gekannt habe. Mit uns zwei Brüdern hatte sie

wiederholt schwere Krankheitsfälle durchzumachen... Mehr Trübsal und Sorge konnten einer Mutter kaum beschieden sein.

Dann erzählt der Verfasser aus seinen Lehr- und Wanderjahren, wie er sich in Leipzig selbständig gemacht hatte und in die politische Bewegung eintrat. Die Schilderungen der Wanderzeit sind ein literarisches Kunstwerk und die Abschnitte über die späteren Lebensjahre haben geschichtliche Bedeutung.

Möge das Buch, das zum Preise von 2 Mark durch jede Buchhandlung zu beziehen ist, viele Leser finden und möge es dem Verfasser vergönnt sein, auch den andern Teil seiner Lebensgeschichte in derselben Frische zu vollenden. Hoffentlich werden die weiteren Bände diesem ersten recht bald folgen.

Eingänge.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909. Bearbeitet von Wilhelm Schröder. Vollständig in zirka 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Lieferung 4 Verla: von G. Birk & Co., G. m. b. H., München.

In der 4. Lieferung des Handbuches werden behandelt: Buchhandlung Vorwärts, Budgetfrage, Burenkrieg, Bürgerliches Gesetzbuch, Bürgerliche Presse (Mitarbeit), China-Feldzug, Dampfer-Subvention, Dänische Agitation, Danzig, Diäten für Reichstags-abgeordnete, Doppelkandidaturen zum Reichstag, Düsseldorf, Eisenacher und Lassalleaner, Eisenbahn-verstaatlichung, Elsaß-Lothringen.

Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. 2. Jahrg., No. 4. Verlag: Fr. Ebert (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands). Preis pro Heft (16 Seiten 4^o) 10 Pf., Vierteljahrespreis 50 Pf.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 14. Jahrg., No. 4 und 5. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft (24 Seiten 8^o) 10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk.

Die Arbeiterklasse und der Strafgesetzentwurf. Von Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt in Berlin. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. 46 Seiten 8^o. Preis der Vereinsausgabe 40 Pf.

Die jahrelangen Vorarbeiten zur Reform des deutschen Strafgesetzbuchs — schreibt der Verfasser im Vorwort — haben in dem am Ende des vorigen Jahres veröffentlichten »Vorentwurf« zu einem deutschen Strafgesetzbuch — ihren gesetzgeberischen Niederschlag gefunden. Der Vorentwurf soll nun nach Absicht der Regierung zunächst einige Zeit der öffentlichen Kritik ausgesetzt sein und erst dann zu einer offiziellen Vorlage an den Reichstag ausgearbeitet werden. Allgemein ist es zwar nicht das Schicksal derartiger Vorentwürfe, im wesentlichen unverändert Gesetzeskraft zu bekommen, es ist aber sehr große Gefahr, daß diese Regel bei der Reform des Strafgesetzbuchs durchbrochen werden wird. Wenigstens läßt die begeisterte Zustimmung, die der Vorentwurf in allen bürgerlichen Lagern und vor allem auch bei den Männern der bürgerlichen Strafrechts-Wissenschaft gefunden hat, darauf schließen. Desto mehr Grund für die klassenbewußte Arbeiterschaft, auf dem Posten zu sein zur Abwehr dieses geplanten Attentats gegen ihren politischen und gewerkschaftlichen Emanzipationskampf, das an Gefährlichkeit alles auf diesem Gebiet bisher Dagewesene übertrumpft. Werden die vorgeschlagenen politischen Ausnahmebestimmungen Gesetz, so wird das sicherlich vielen einzelnen Kummer und Elend bringen; die Sozialdemokratie als Ganzes hingegen, die der Feuertau des Sozialistengesetzes getrotzt hat, wird sich auch durch die grausamsten Strafbestimmungen in ihrem Siegeslauf nicht hemmen lassen.

Stellenangebote

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellen-gesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Tüchtige Drei- und Vierfarbenätzer

in dauernde Stellung per sofort gesucht. J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig. [2,10]

Positiv-Retuscheur,

tüchtige Maschinenkraft, in dauernde Stellung gesucht. Rich. Labisch & Co., Berlin O. 27, Schicklerstr. 5. [2,70]

Drei- und Vierfarbenätzer,

vorzügliche Kraft, Selbstfertigmacher, wird sofort gesucht. Offerten unter

Oscar Consée, München V.

9,—]

Verschiedenes

Bettmässen!

Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! Institut „Sautas“, Weiburg [240] (Bay.).

Ein tüchtiger STECHER, welcher auf Tapete, Wachstum und Linoleum firm ist sowie sich auf Kalkulation von Muster versteht, wird als Meister für eine größere Stecherei gesucht. Ebenfalls werden mehrere **MESSINGSTECHER** gesucht durch den **Arbeitsnachweis der Formstecher und Drucker.** C. Schubart, Berlin N., Badstr. 26.

Satiniermaschine für heiß

sehr gut erhalten, zu verkaufen. Off. unter A. K. postlagernd Nürnberg.

1,65] „Matt-Lack“.

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreiben der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.

F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Berthastr. 13,II.

Verbandsnachrichten

Achtung! Achtung!
Coblentz-Neuwied.
Vorsitzender u. Ausk.-Ert.: H. Daum, Hörh (Nassau), Mittelstr. 24.
Kass. u. Unterst.-Ausz.: Paul Nedell, Coblentz, Rheinstr. 10. [1,35]